Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A., / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dienstag, den 1. Juni 1926 — Nummer 124

Die Lage in Polen

Pilsudski lehnt die Wahl zum Staatspräsidenten ab — Verschärfung der Krise

Warschau, 31. Mai. (Eigner Drahtbericht). Die polnische Nationalversammlung trat gestern früh 10 Uhr zur Wahl des Staatspräsidenten zusammen. Die Parteien der Rechten hatten in letzter Stunde als ihren gemeinschaftlichen Präsidentschaftskandidaten den Wojwoden von Posen, Bninski, aufgestellt. Abgegeben wurden 485 gültige Stimmen, die absolute Mehrheit betrug 274. Pilsudski erhielt 292 Stimmen und Bninski 193 Stimmen. Pilsudski ist also mit absoluter Mehrheit zum Staatspräsidenten gewählt worden. Die jüdischen Abgeordneten stimmten geschlossen für Pilsudski. Die Anhänger Pilsudskis nahmen das Wahlergebnis mit Begeisterung auf.

Warschau, 31. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wie die „Associated Preß" meldet, hat Pilsudski seine Wahl zum Staatspräsidenten nicht angenommen. Seine Ablehnung hat eine ungeheure Verwirrung in der politischen Situation hervorgerufen. Pilsudski erklärt in seinem Ablehnungsbrief, daß er seine historische Aufgabe besser erfüllen kann, wenn er nicht Präsident sei, da die gegenwärtige Verfassung ihm im Wege stehe. Die Folgen der Ablehnung der Wahl lassen sich jetzt noch nicht übersehen. Pilsudski erklärt seinen Beschluß für unwiderruflich. Nach einer anderen Meldung soll er jedoch seinen politischen Freunden gegenüber erklärt haben, daß er sich vielleicht noch entschließen werde, die Wahl anzunehmen, wenn die Verfassung durch die Nationalversammlung seinem Vorschlag entsprechend abgeändert werde.

*

Heute soll in einer neuen Sitzung der Nationalversammlung die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorgenommen werden. Von Pilsudski sind an seiner Stelle der Professor Joziechowski, Wilna, sowie der Professor Ignaz Moscicki, Lemberg, zur Wahl vorgeschlagen. Man spricht auch davon, daß eventuell von der polnischen sozialdemokratischen Fraktion ein eigner Kandidat aufgestellt wird. Der „Vorwärts"-Korrespondent glaubt, daß sie wahrscheinlich einen Kompromißkandidaten durchbringen werden. In einer Konferenz der Vertreter der politischen Parteien der Nationalversammlung hielt Pilsudski eine Rede, in der er erklärte, daß er es zu einer Nationalversammlung gar nicht hätte kommen lassen brauchen. Er mache nun einen Versuch, ob man in Polen ohne Peitsche regieren könne. Er warne den Sejm und Senat und man solle wissen, daß er, wenn in Polen die Straße zur Macht komme, Sejm und Senat nicht verteidigen werde.

Am gestrigen Nachmittag haben in Warschau große Straßendemonstrationen stattgefunden. Die Warschauer Garnison befindet sich in Alarmbereitschaft. Gegen die Villa des Marschalls Pilsudski in Sulejowek, wo seine Familie untergebracht ist, wurden wiederum Schüsse abgegeben. Auch Handgranaten sind explodiert, ohne jedoch Schaden anzurichten.

Ein Aufruf der Nationalisten gegen den Volksentscheid

Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Deutschvölkische Freiheitspartei, die Christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft und die Vereinigten Vaterländischen Verbände Ostsachsens erlassen einen gemeinsamen Aufruf zum 20. Juni. In dem Aufruf heißt es, daß der Kampf um die Enteignung der Fürsten ein Eingriff in das Privatleben der ehemaligen Fürstenhäuser sei. Die Fürsten haben dem deutschen Volke ehrwürdige, edle und gewaltige Gestalten gegeben. Man erinnert an das edle Menschentum der Albert und Johann von Sachsen, an das Heldentum Friedrichs des Großen von Preußen und die edle Königin Louise. Wir haben das edle Menschentum und die Heldenhaftigkeit dieser edlen Gestalten in unserer Presse schon mehrfach und genügend charakterisiert. Ganz besonders wird hervorgehoben der „einst allgeliebte greise Heldenkaiser Wilhelm I." 1848 nannte man diesen „Heldenkaiser" den Kartätschenprinzen. Er war es, der vor dem Zorn der Berliner Bevölkerung fliehen mußte, nachdem er Kartätschen in die unbewaffneten Berliner hatte schießen lassen. Damals floh er, sich sechsmal verkleidend und sich den bürgerlichen Namen Lehmann zulegend, nach England. Als man damals in Berlin die Bilder des Heldenprinzen anbot, wollte sie [illegible] geschenkt haben. Der Aufruf erklärt weiter, daß die Fürstenenteignung Bresche schlagen solle, um den Besitz aller [illegible]. Das Häuschen des Arbeiters, sowie das Geschäft des Gewerbetreibenden solle enteignet werden. Es lohnt sich kaum, auf diesen Unfug einzugehen, da er von den Arbeitern überhaupt nicht ernst genommen wird. Die kleinen Besitzer wissen aus der Inflationsperiode besser, wo ihre Enteigner sitzen. Wenn in dem Aufruf gesagt wird, daß in Deutschland der Diebstahl [illegible] durchgeführt werden soll, so ist oft genug nachgewiesen worden, daß nicht die Fürsten bestohlen, sondern daß von diesen das dem Volk gestohlene Gut wieder zurückgenommen werden soll. Wenn der Aufruf auffordert, am Volksentscheid nicht teilzunehmen, so sind wir überzeugt, daß als Antwort auf dieses Manöver [illegible] erst recht die stärkste Beteiligung am Volksentscheid durchgeführt wird.

Demokratentagung in Ostsachsen

Die Demokratische Partei Ostsachsens hielt am Sonntag in Dresden eine Vertretertagung ab. Reichsinnenminister Dr. Külz sprach über die politische Lage. Nach Külz ist der katastrophale, blamable Ausgang der Genfer Abrüstungskonferenz ein verheißungsvoller Anfang für die Abrüstung, ebenso der [illegible] Wirtschaftskrieg mit Spanien, Polen und den anderen Staaten. Bezeichnend ist, daß Külz zugeben mußte, daß man noch auf lange Zeit mit erheblichen Erwerbslosenziffern rechnen müsse. Zur Fürstenabfindung erklärte er, daß die Demokratische Partei die Abstimmung freigegeben habe, jedoch eine entschädigungslose Enteignung vom Standpunkt des Privateigentums zu verwerfen sei. Ueber die Neubildung einer Regierung sprach sich Külz nicht aus. Er erklärte nur, es müsse eine stärkere Konsolidierung eintreten. Die Demokraten haben sich noch nicht entschieden, ob sie mit den Deutschnationalen gehen würden. Besonders bemerkenswert sind die Ausführungen des Finanzministers Dehne über die Politik in Sachsen. Nach dem Abgang von der Zeigner-Liebmann-Regierung bis zur Koalitionsregierung lobt Dehne besonders die Haltung der Sozialdemokraten und sieht für das Bürgertum große Hoffnung auf deren Weiterbildung. Zu den vorliegenden Steuergesetzen erklärt Dehne, daß sie notwendig seien, daß man hier an die Wünsche des Reiches gebunden sei. Nach den uns vorliegenden Berichten ging Dehne über den Kontrolle der Staatsfinanzen schweigend hinweg. Die Versammlung endete mit dem üblichen Vertrauensvotum für die demokratischen Minister.

Zweieinhalb Jahre Zuchthaus

Ein Klassenurteil gegen die Genossin Unger

Leipzig, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Kleinbürgergerichtshof des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte gestern die badische Landtagsabgeordnete Frida Unger wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikschutzgesetz zu 2½ Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe.

*

Die Klassenjustiz tobt gegen die revolutionären Klassenkämpfer unvermindert fort. Während die Faschisten und Hitler-Putschisten für einen durchgeführten, bewaffneten Aufstand wenige Monate Strafe erhielten, die sie nicht einmal abzusitzen brauchten, schleppt man die Klassenkämpfer ins Zuchthaus. Arbeiter, erhebt Protest gegen die Klassenjustiz.

Genosse Wittstock ermordet

Halle. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend wurde in Wettin (Saalkreis) der Genosse Wittstock, der tätiges Mitglied der KPD. war, von dem Hilfspolizisten Rödde erschossen. Rödde ist wütender Faschist. Genosse Wittstock wurde von Rödde schon einmal früher wegen politischer Differenzen schwer mißhandelt. Der Mord selbst geschah aus dem Hinterhalt. Genosse Wittstock war vollkommen unbewaffnet. Die Erregung der Arbeiterschaft in Wettin über diesen politischen Mord ist sehr groß. Am Sonnabend abend fand in Wettin eine Einwohnerversammlung statt, an der sich fast die gesamten Einwohner von Wettin beteiligten. Genosse Häder sprach zu den Anwesenden. Bis jetzt hat man es, trotz des Protestes der Wettiner Einwohnerschaft, noch nicht für nötig befunden, den faschistischen Mörder festzunehmen.

Die letzte Fahrt des Genossen Mahler

Halle. Am Sonnabend nachmittag fand die Beerdigung des Kameraden Mahler statt, der auf der Rückfahrt von Berlin nach Halle, kurz vor Halle, verunglückte und sofort tot war. Die Beerdigung war eine machtvolle Demonstration der halleschen Arbeiterschaft, an der sich außer einer Reihe RFB.-Delegationen aus dem Gau Halle-Merseburg und aus Berlin 19 Reichsbannerkameraden der Ortsgruppe Halle beteiligten. Die Reichsbannerarbeiter marschierten in Uniform zusammen mit den Roten Frontkämpfern auf, um dem Kameraden Mahler das letzte Geleit zu geben.

Einheitsfront zur Fürstenenteignung

Köln, 1. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im südlichen Stadtteil Kölns fand eine kombinierte Sitzung der SPD.-Funktionäre des 3. Bezirks und der KPD.-Zellengruppe Süd statt. In einer gemeinsamen Entschließung verpflichten sich die Funktionäre, unter der Losung „Keinen Pfennig den Fürsten" den Kampf gemeinsam bis zum Siege zu führen. Alle Arbeiten zur Durchführung des Volksentscheids sollen gemeinsam geleistet werden.

Mobilisiert gegen die Reaktion!

Am 20. Juni findet die entscheidende Abstimmung über die Fürstenenteignung statt. 20 Millionen Stimmen müssen aufgebracht werden, um den Entscheid zum Siege zu bringen. Die gewaltigsten Anstrengungen müssen gemacht werden, um diese Armee zusammen zu bringen, aber auch um sie nach der Abstimmung zusammenzuhalten. Mit der Abstimmung allein wird es nicht getan sein. Schon erklärt Stresemann, daß sich keine Regierung finden werde, die den Volksentscheid durchführe. Die Arbeiter mögen aus dieser Erklärung die Grenzen der sogenannten formalen Demokratie ersehen. Wo die Interessen der Kapitalisten berührt werden, da entscheidet offen die brutale Macht. Ueber die Abstimmung hinaus wird es dann gelten, den Kampf gegen Reichstag und Regierung mit Kraft und Entschlossenheit zu führen. Wenn Stresemann verkündet, daß sich keine Regierung zur Durchführung des Volksentscheids finden werde, dann muß die Antwort der Arbeitenden lauten, doch, eine Regierung wird sich finden, die Arbeiter- und Bauernregierung, die Regierung der Werktätigen. Wir werden dann den Kampf um diese Regierung führen.

Vorläufig versuchen die Feinde der arbeitenden Massen, die Freunde der Fürsten, den Volksentscheid illusorisch zu machen. Mit allen Mitteln des Terrors und der Demagogie ziehen die Bürgerlichen gegen die Enteignung der Fürsten zu Felde. Von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen gibt es heute nur noch eine Stimme, gegen den Volksentscheid, gegen die Enteignung der fürstlichen Räuber.

Das Eigentum ist in Gefahr, brüllt die Gesellschaft der Reaktion im Chorus. Man will, wenn man die Fürsten enteignet, die kleinen Sparer auch enteignen. Nicht nur die Fabriken und den Grund und Boden, auch die Betten und Möbel wollen die Enteigner. Die Fürstenenteignung ist ein Angriff auf das Privateigentum. Besonders auf dem Lande, bei den kleinen Bauern, geht der Landbund um und versucht, die kleinen Landeigentümer zu schrecken. Die Enteigner wollen ihnen den Grund und Boden nehmen. Wenn man erst den Fürsten den Boden genommen, dann komme der kleine Bauer dran.

Wozu verlangen wir denn die Enteignung des fürstlichen Grund und Bodens? Um den landarmen Bauern Boden zu geben. Werden wir den Bauern Boden geben wollen, um ihnen diesen dann wieder wegzunehmen? Wir müssen gerade wegen dieser infamen Hetze mehr und entschiedener auf dem Lande Propaganda für die Fürstenenteignung betreiben. Es gilt, die kleinen Bauern aufzuklären über die Lügenhetze, die vom Landbund und den bürgerlichen Parteien kommt. Nicht wie der Landbund sagt, der kleine Bauer soll enteignet werden, sondern er soll gerade den Boden, den die Vorfahren der Fürsten den Ahnen der Bauern gestohlen haben, wieder zurückerhalten.

Mit aller Kraft muß unsere Propaganda unter dem Mittelstand geführt werden. Die Opfer der Inflation sollen aus dem konfiszierten Vermögen der Fürsten unterstützt werden. Nicht den Mittelstand wollen die Enteigner vernichten, sondern gerade die von den Großkapitalisten an den Aermsten durchgeführte schonungslose Enteignung der Inflation wieder etwas gut machen, den Arbeitsunfähigen helfen, das ist die Absicht. Diese Absicht wollen die „Schützer des Privateigentums" verhindern. Deswegen schreien sie, die während der Inflation dem Mittelstand Sofa, Klavier, Bilder und Handtasche gestohlen, nach der Methode der verfolgten Spitzbuben, haltet den Dieb. Haben sich die Feinde der arbeitenden Massen beim Volksbegehren noch still verhalten, weil sie glaubten, es werde doch nur gelingen, ein paar Millionen Stimmen aufzubringen, so hat der Aufmarsch der 12½ Millionen sie erschreckt.

Jetzt, zum Entscheid, treten sie auf den Plan. Wüste Hetze, Einflößen von Angst um den wackeligen Stuhl und Tisch des verarmten Mannes, Appell an die Rührseligkeit der Fürsten, das sind die Mittel im Kampf. Man klopft an die Tränendrüsen, indem man erklärt, die armen Fürsten müssen hungern. Eitel Fritz muß selber Geschirr aufwaschen. Dabei verschweigt man wohlweislich, daß die gekrönten Häupter rund 500 Millionen Mark im Ausland angelegt haben, von denen sie nicht nur sehr gut leben, sondern auch die Konterrevolution organisieren und finanzieren.

Ueber die angezogenen Lügen und Verleumdungen gilt es, die Arbeitenden aufzuklären.

Die breitesten Massen der Wähler müssen zur Urne gebracht werden. Gegen die intensive Tätigkeit der Gegner muß die intensivere Arbeit unserer Genossen einsetzen. Bis in die letzte Wohnung, bis auf das letzte Bauerngut des kleinsten Dorfes muß unsere Propaganda dringen. Am 20. Juni müssen die 20 Millionen Stimmen zusammenkommen.

Aber das genügt nicht. Die Reaktion rüstet. Sie will keine Enteignung der Fürsten. Die gesamte Arbeiterschaft muß den Rüstungen der Reaktionäre ihre größere Aufmerksamkeit widmen. Wir haben die Aufmarschpläne der